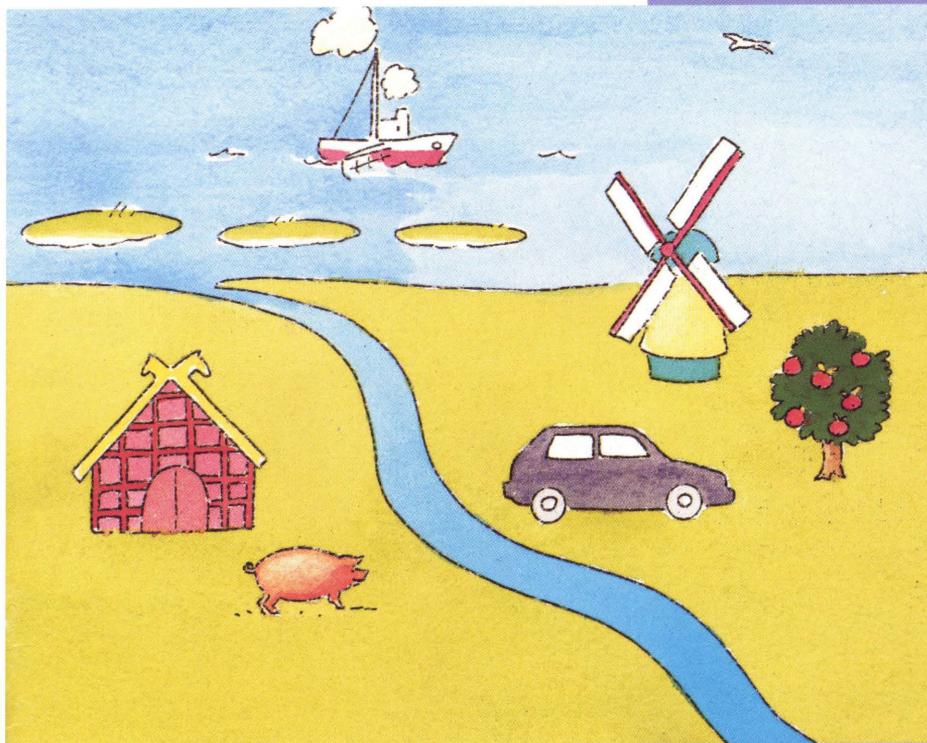




Niedersachsen

in der Europäischen Union



Europäische Kommission

Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland
Zitelmannstraße 22, 53113 Bonn

Vertretung in Berlin,
Kurfürstendamm 102, 10711 Berlin

Vertretung in München,
Erhardtstraße 27, 80331 München

Redaktionsschluß: März 1994

Zeichnungen: Anne Huwison, Lionel Koechlin, Wilhelm Valder

Herausgeber: Amt für amtliche Veröffentlichungen der
Europäischen Gemeinschaft, Luxemburg 1994

© EGKS-EG-EAG, Brüssel • Luxemburg 1994

Nachdruck – ausgenommen zu kommerziellen Zwecken –
mit Quellenangabe gestattet



Niedersachsen in der Europäischen Union

„Europa braucht etwas qualitativ Neues, um die Probleme der Gegenwart besser lösen zu können. Dazu gehört auch die Zusammenarbeit der Regionen Europas. Dabei müssen alle Möglichkeiten der bestehenden Organisationen und der Zusammenarbeit genutzt werden.

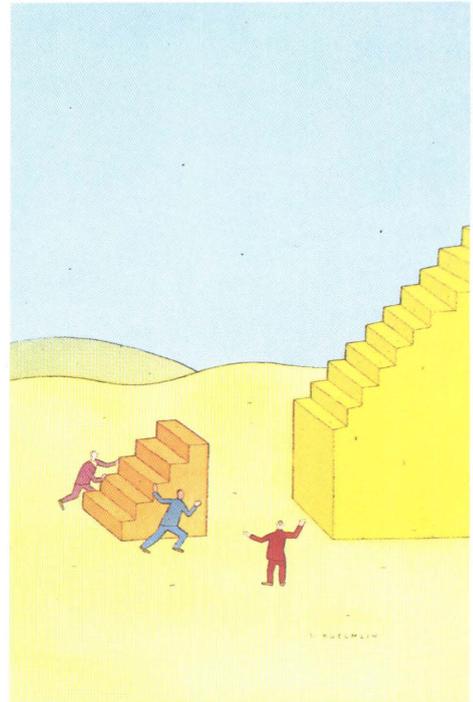
Die wichtigsten Aufgaben kann heute kein Nationalstaat mehr allein bewältigen. Im Gegenteil: Nationalistische Parolen schaden der Zukunft aller Europäer. Wirtschaft und Verkehr, Ökologie und Energie, Wissenschaft und Telekommunikation wirken grenzüberschreitend. Auf diese Herausforderungen haben in Europa zuerst die Europäischen Gemeinschaften - offensichtlich erfolgreiche - Antworten gegeben. Nationalstaatliche Befugnisse wurden übernational zusammengefaßt. Diese Entwicklung ist richtig und zeitgemäß, sie muß aber ergänzt werden durch eine Stärkung der Regionen als Ausgleichgewicht zur Eurozentrale Brüssel. Wir alle sollten auch unsere Lehren aus dem Zerfall des Zentralverwaltungssystems in Osteuropa ziehen. Allein ein Europa der Regionen kann auf Dauer Bürgernähe verwirklichen. Und eine bürgernahe Politik ist angesichts der immer komplexer gewordenen Strukturen und Entscheidungsabläufe im europäischen Einigungsprozeß dringend geboten.“

*Gerhard Schröder,
Ministerpräsident des Landes Niedersachsen*



NIEDERSACHSEN IN EUROPA

Die Auflösung des Ost-West-Konflikts rückt das Land ins Zentrum des europäischen Marktes



Vom Kartoffelchip zum Mikrochip - Niedersachsen hat Europa eine breite Palette zu bieten. Viel Landwirtschaft – fast zwei Drittel der Fläche Niedersachsens werden landwirtschaftlich genutzt – aber auch High-Tech prägen die Region: Die Landeshauptstadt Hannover ist berühmt für ihre Messen. Die Industrieausstellungen erreichen ein Millionenpublikum. Durch die deutsche Einheit ist Niedersachsen von seiner Randlage in das Zentrum Deutschlands und der Europäischen Union (EU) gerückt. Diese Position wird sich noch verstärken, wenn die skandinavischen Staaten und später auch die mittel- und ost-europäischen Länder der EU beitreten.

Die Europäische Union sichert Arbeitsplätze

Mit sieben Millionen Einwohnern hat das Land die gleiche Bevölkerungszahl wie Andalusien. Die Bevölkerungsdichte liegt auf EU-Niveau, aber unterhalb der deutschen Durchschnittswerte.



Das Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner pendelt in Niedersachsen etwas über dem deutschen Mittel und nahe dem EU-Durchschnitt.

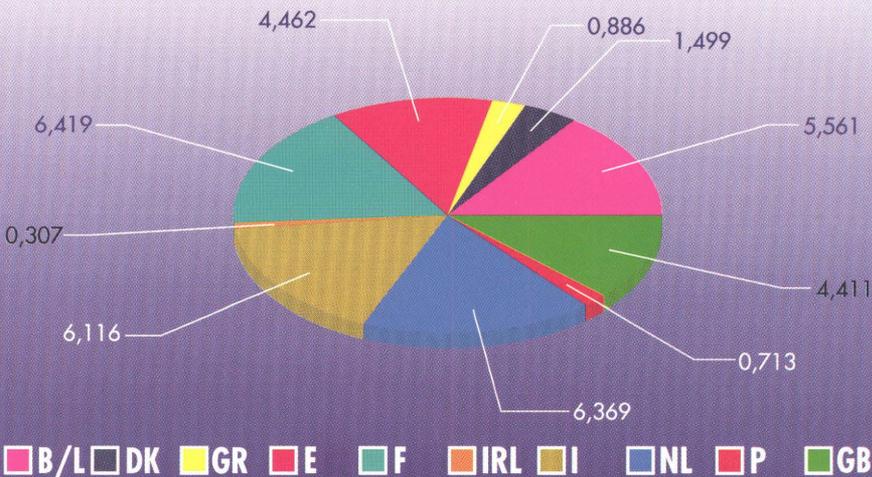
Doch diese Broschüre soll nicht in erster Linie auf die Frage antworten: „Wieviel ECU hat die EU Niedersachsen gebracht?“ Sie ist vielmehr ein Katalog der Möglichkeiten, der vielfältigen Kooperationsformen. Sie zeigt, daß Europa den einzelnen Bürger in seiner Region „betrifft“ und stellt klar, daß auch das eigene Land Brüsseler Entscheidungen nicht hilflos ausgeliefert ist, sondern sich aktiv am europäischen Diskussions- und Entscheidungsprozeß beteiligt. Dem Bürger selbst bleibt damit der Weg nach Brüssel erspart: Ein Netzwerk der Information, das EU, Bund und Land gemeinsam aufgebaut haben, kann bei Fragen zum Thema Europäische Union so gut wie immer weiterhelfen.

Regionale Vielfalt bleibt erhalten

Region ist nicht gleich Region - weder geographisch noch politisch. Ein Blick auf die Landkarte genügt, um festzustellen: Europa ist ein Kontinent der Vielfalt. Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Regionen sind nicht immer leicht unter einen Hut zu bekommen. Schon der Begriff „Region“ wird von EU-Staat zu EU-Staat ganz anders verstanden: Einige Regionen haben eine eigene Sprache, viele sind historisch gewachsen. Andere Regionen sind im Grunde künstlich geschaffene Wirtschafts- und Verwaltungseinheiten. Oft haben Landschaft und Klima natürliche Grenzen gezogen. In Deutschland sind die Bundesländer in ihrer heutigen Gestalt erst nach dem zweiten Weltkrieg entstanden, die neuen Bundesländer sind erst wenige Jahre alt.

Der Export Niedersachsens in die EU

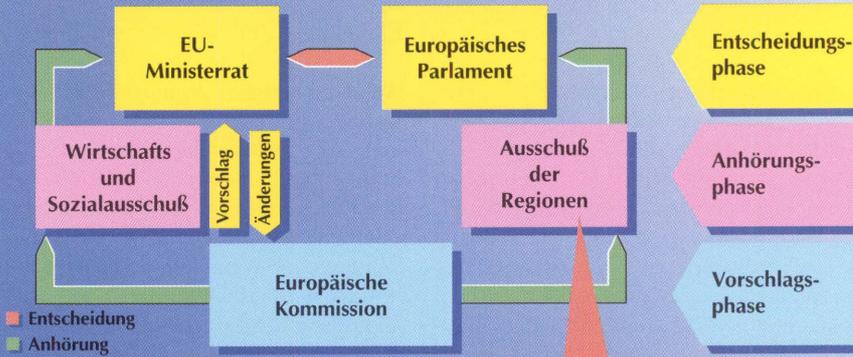
— 36,6 Milliarden DM: Das sind 60,8 Prozent des Gesamtexports —



Quelle: Statistisches Bundesamt und Statistische Landesämter, Stand 1992

Zahlen in Milliarden DM

Entscheidungsverfahren der Europäischen Union

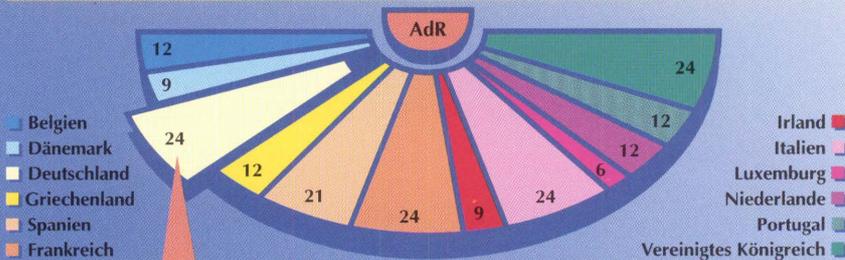


Ausschuß der Regionen (AdR)

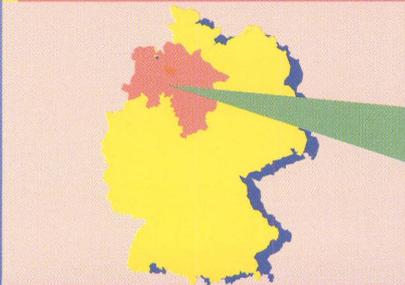
Der Regionalausschuß muß in folgenden Fällen angehört werden:

- ★ Festlegung der Aufgaben, Ziele und allgemeinen Regelungen der Strukturfonds (Art. 130d),
- ★ Beschluß über spezifische Aktionen außerhalb des Fonds (Art. 130b Abs. 2),
- ★ Errichtung des Kohäsionsfonds (Art. 130d Abs. 2),

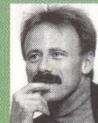
- ★ Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130e),
- ★ Festlegung der Leitlinien und Erlaß der übrigen Aktionen beim Aufbau/Ausbau der transeuropäischen Netze (Art. 129d Abs. 1),
- ★ Erlaß von Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 Abs. 4), im Kulturbereich (Art. 128 Abs. 5) und im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 Abs. 4).



Die deutschen Regionen entsenden 24 Vertreter in den AdR



Das Land Niedersachsen benennt zwei Vertreter



Jürgen Trittin
Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten
Niedersachsen



Udo Mientus
Landtagsabgeordneter
Niedersachsen

Die deutschen Bundesländer mit ihrer Eigenstaatlichkeit können ihre Interessen und Standpunkte oft deutlicher geltend machen als andere Regionen Europas, die eng an eine zentralstaatliche Verwaltung angebunden sind. Für den Begriff „Länder“ gibt es in den anderen Sprachen der Europäischen Union keine Übersetzung - schon das zeigt ihren Sonderstatus unter den Regionen Europas.

Zentraler Ort, an dem Niedersachsen seine europäischen Interessen einbringt, ist der Bundesrat. Die Länder verfügen über wichtige und in der Verfassung verankerte Beteiligungsrechte. Die Übertragung von Hoheitsrechten auf die Europäische Union bedarf der Zweidrittelmehrheit von Bundestag und Bundesrat, bei bestimmten EU-Ministerräten sitzen die Länder gleichberechtigt mit am Verhandlungstisch.

Niedersachsen entscheidet mit

Die Regionen suchten seit langem auch den politischen Kontakt zu den EU-Institutionen. Die deutschen Länder machten dies deutlich, indem sie Europaministerien einrichteten und eigene Landesvertretungen in Brüssel eröffneten. Niedersachsen ist dort seit der zweiten Hälfte der 80er Jahre präsent. An der Debatte um den Vertrag von Maastricht haben sich die Regionen intensiv beteiligt. Viele Forderungen der Länder sind in das Vertragswerk eingeflossen.

Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung

Ganz sicher brachte der Vertrag über die Europäische Union (EUV) eine Trendwende zugunsten von Föderalismus und Dezentralisierung. Durch seine Ratifizierung haben die Länder längst verloren geglaubten Einfluß auf die EU-Gesetzgebung zurückgewonnen. Der Vertrag legt fest, daß

- ★ die Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden (Art. A EUV),
- ★ die nationale Identität der Mitgliedstaaten geachtet wird (Art. F EUV),
- ★ die Union nur innerhalb der Grenzen der ihr in dem Vertrag zugewiesenen Befugnisse und gesetzten Ziele tätig wird (Art. 3b EUV) und
- ★ die EU in den Bereichen, die nicht in ihre ausschließliche Zuständigkeit fallen, nur tätig werden darf, wenn die Aufgaben von den Mitgliedstaaten nicht ausreichend erfüllt werden können (Art. 3b EUV).

Von großer Bedeutung für die Regionen ist, daß dieses Prinzip der „Subsidiarität“ in Maastricht zum europäischen Verfassungsgrundsatz erhoben wurde: die Europäische Union soll grundsätzlich nur dann tätig werden, wenn das angestrebte Ziel nicht besser auf einer niedrigeren Verwaltungsebene erreicht werden kann.

Die Vertreter der deutschen Kommunen im AdR

- **Gerhard Gebauer**
Präsident der Deutschen Sektion des Rats der Gemeinden Europas
Oberbürgermeister Villingen-Schwenningen
- **Otto Neukum**
Landrat des Kreises Bamberg
- **Hans Eveslage**
Präsident des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebundes
Bürgermeister Barßel/Niedersachsen

Bruttoinlandsprodukt und Arbeitslosenquoten der Regionen

	Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote		Bruttoinlands- produkt	Arbeitslosen- quote
Europäische Union	100	10,4	Irland	72	18,4
Belgien	108	8,8	Italien	106	11,2
Vlaams Gewest	109	6,6	Nord Ovest	122	8,6
Région Wallonne	87	12,0	Lombardia	139	4,5
Bruxelles - Brussel	171	11,3	Nord Est	122	4,9
Dänemark	111	10,6	Emilia-Romagna	132	4,7
BR Deutschland	106	7,0	Centro	110	7,9
Baden-			Lazio	121	11,0
Württemberg	130	4,1	Campania	73	22,8
Bayern	127	3,9	Abruzzi-Molise	91	13,1
Berlin	95	9,2	Sud	70	17,6
Brandenburg	36	12,0	Sicilia	70	23,1
Bremen	159	8,7	Sardegna	77	19,8
Hamburg	209	5,6	Luxemburg	131	2,4
Hessen	149	4,6	Niederlande	104	8,2
Mecklenburg-			Noord-Nederland	106	10,6
Vorpommern	33	14,1	Oost-Nederland	91	7,9
Niedersachsen	108	6,4	West-Nederland	111	7,9
Nordrhein-			Zuid-Nederland	100	8,0
Westfalen	115	6,6	Portugal	60	4,9
Rheinland-Pfalz	104	4,7	Continente	60	4,9
Saarland	112	7,4	Acores	-	4,6
Sachsen	33	11,5	Madeira	-	3,4
Sachsen-Anhalt	35	13,6	Großbritannien	98	10,3
Schleswig-Holstein	102	5,3	North	86	11,4
Thüringen	30	12,8	Yorkshire and		
Griechenland	49	7,7	Humberside	88	10,2
Voreia Ellada	46	6,3	East Midlands	94	9,0
Kentriki Ellada	48	7,2	East Anglia	99	8,4
Attiki	55	9,9	South East	117	10,5
Nisia Aigaiou, Kriti	44	4,8	South West	94	9,6
Spanien	80	21,3	West Midlands	89	10,9
Noroeste	66	17,8	North West	90	10,5
Noreste	92	18,6	Wales	83	9,7
Madrid	100	16,5	Scotland	94	10,1
Centro	65	21,0	Northern Ireland	74	15,0
Este	92	19,6			
Sur	64	29,7			
Canarias	79	26,7			
Frankreich	115	10,3			
Ile de France	172	8,9			
Bassin Parisien	105	10,5			
Nord -					
Pas-de-Calais	93	13,2			
Est	106	8,2			
Ouest	97	10,0			
Sud-Ouest	101	10,2			
Centre-Est	110	10,5			
Méditerranée	98	13,5			
Départements					
d'Outre-Mer	45	-			

Quelle: EUROSTAT

Die Zahlen für das Bruttoinlandsprodukt beziehen sich auf das Jahr 1991. EU-Durchschnitt: 100.

- Arbeitslosenquoten (in Prozent): Stand April 1993

- Arbeitslosenquote für Griechenland: Stand April 1992



Partner Europa: Jacques Delors, Präsident der Europäischen Kommission, beim Eröffnungs-Rundgang der Hannover Messe 1993

Ausschuß der Regionen

Durch die Einrichtung des „Ausschusses der Regionen“ schafft der „Vertrag über die Europäische Union“ neue Mitgestaltungsmöglichkeiten der Regionen auf europäischer Ebene. Der Ausschuß der Regionen berät den EU-Ministerrat und die Europäische Kommission in allen Fragen von regionalem Interesse. Er hat zwar nur beratende Funktion, beteiligt aber die Länder, Regionen und Kommunen unmittelbar am europäischen Meinungsbildungsprozeß. Mit der Einrichtung dieses Ausschusses vertreten die Bundesländer ihre Interessen also künftig nicht nur in Bonn, sondern auch in Brüssel.

Von den 24 deutschen Mitgliedern des Ausschusses der Regionen vertreten 21 die Bundesländer und drei die kommunale Ebene. Die fünf größten Bundesländer haben je zwei Sitze, die elf anderen je einen Sitz. Arbeitsfelder des Ausschusses sind Bildung und Kultur, Gesundheitswesen, transeuropäische Netze, die Aktionen zur Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts sowie die Struktur-

Die niedersächsischen Abgeordneten im Europäischen Parlament

Für bürgernahes Handeln der EU sorgen auch die niedersächsischen Abgeordneten im Europäischen Parlament (EP). Manche EP-Mitglieder bekleiden zusätzliche Ämter in ihrem Wahlkreis, so daß auch neue Themen zügig ihren Weg nach Brüssel finden. Daß Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Berlin, Hessen, Saarland, Schleswig-Holstein, Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Rahmen des Programms „Konver“ europäische Fördermittel für vom Truppenabzug betroffene Gebiete erhalten, ist Europaparlamentariern zu verdanken. Auch die Neuordnung der Strukturfonds trägt ihre Handschrift.



DIE EUROPÄISCHE UNION HILFT DEN REGIONEN

Auch Niedersachsen erhält umfangreiche EU-Fördermittel



Die Wohlstandsschere klapft in Europa nach wie vor weit auseinander: Die reichsten Regionen der EU sind Hamburg und die Ile-de-France, viermal so wohlhabend wie die wirtschaftsschwächsten Gebiete. Sie liegen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und den neuen Bundesländern. Um die Annäherung der Lebensverhältnisse und damit den Zusammenhalt der Union zu fördern, gibt es innerhalb der EU ein umfangreiches System der Förderung benachteiligter Regionen. Daß eine ausgewogene Strukturpolitik für die europäische Einigung überlebenswichtig ist, hat der Vertrag über die Europäische Union erneut bestätigt. Er weist dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt der europäischen Regionen einen hohen Stellenwert zu.

Die Strukturfonds der Europäischen Union

Deshalb hat die EU die „Strukturfonds“ eingerichtet: der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), der Europäische Sozialfonds (ESF) und der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Land-



wirtschaft, Abteilung Ausrichtung (EAGFL). Neu ist das Finanzinstrument zur Ausrichtung der Fischerei (FIAF), mit dem Maßnahmen zur Behebung struktureller Probleme in diesem Bereich finanziert werden. Die Strukturfonds haben mit einem Etat von 141,47 Milliarden ECU für den Zeitraum von 1994 bis 1999 einen Anteil von 30 Prozent am Haushalt der Europäischen Union. Mit Inkrafttreten des Vertrags von Maastricht ist außerdem der Kohäsionsfonds für die Länder Griechenland, Spanien, Portugal und Irland mit einem Etat von 15,1 Milliarden ECU für den Zeitraum 1993 bis 1999 hinzugekommen.

Die Mittel der Strukturfonds werden nach klar festgelegten Spielregeln verteilt: Die Schwerpunktbereiche der Förderung werden in der Brüsseler Terminologie als „Ziele“ bezeichnet. Die insgesamt fünf Ziele werden in zwei Gruppen unterteilt. „Ziel 1“, „Ziel 2“ und „Ziel 5b“ sind direkt auf die Regionen zugeschnitten. „Ziel 3“, „Ziel 4“ und „Ziel 5a“ sind dagegen problem- oder zielgruppenbezogen.

ZIELE

„Ziel 1“

fördert die „Entwicklung und strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand“ und steht im Mittelpunkt der EU-Strukturförderung. In Deutschland sind dies die neuen Bundesländer, die zwischen 1994 und 1999 aus Brüssel 13,64 Milliarden ECU erhalten.

„Ziel 2“

hilft Regionen, die von einer „rückläufigen industriellen Entwicklung schwer betroffen sind“. Von 1994 bis 1996 stehen für Deutschland 733 Millionen ECU bereit. Auch Gebiete folgender Städte und Kreise fallen unter diese Förderung: Emden, Grafschaft Bentheim, Helmstedt, Peine, Salzgitter und Wilhelmshaven.

„Ziel 3“

konzentriert sich auf die „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und Erleichterung der Eingliederung Jugendlicher und der vom Ausschluß aus dem Arbeitsmarkt bedrohten Personen in das Arbeitsleben“. Deutschland erhält 1,65 Milliarden ECU von 1994 bis 1999.

„Ziel 4“

unterstützt Maßnahmen, die „die Anpassung der Arbeitskräfte an die industriellen Wand-

lungsprozesse und Veränderungen der Produktionssysteme“ erleichtern. Für Deutschland stehen 291,3 Millionen ECU zwischen 1994 und 1999 bereit.

„Ziel 5a“

soll die „beschleunigte Anpassung der Agrarstrukturen einschließlich der Hilfe zur Modernisierung und Umstrukturierung der Fischerei“ fördern. Von 1994 bis 1999 stehen Deutschland dafür 1,13 Milliarden ECU zur Verfügung.

„Ziel 5b“

will die „Entwicklung und Strukturanpassung“ der ländlichen Gebiete erleichtern. Von 1994 bis 1999 stehen für Deutschland 1,23 Milliarden ECU bereit. Unterstützt werden in Niedersachsen Gebiete folgender Kreise: Ammerland, Aurich, Cloppenburg, Cuxhaven, Diepholz, Emsland, Friesland, Grafschaft Bentheim, Leer, Lüchow-Dannenberg, Nienburg (Weser), Oldenburg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingb., Uelzen, Vechta, Wittmund.



Bund- und Länderbeteiligung im Entscheidungsprozess der EU-Strukturförderung

Konzeption

Bund und Länder reichen ihren regionalen Entwicklungsplan bei der Europäischen Kommission ein. Darin sind Ziele und Maßnahmen der Strukturförderung festgelegt.

Die Europäische Kommission erstellt in Abstimmung mit Bund und Ländern das gemeinschaftliche Förderkonzept (GFK). Es ist die Basis für die operationellen Programme (OP).

Bund und Länder reichen ihre operationellen Programme bei der Europäischen Kommission ein.

Umsetzung

Die Kommission nimmt Vorschläge über die geplanten Projekte innerhalb der operationellen Programme an. Fördermittel stehen bereit über den:

- *Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)*
- *Europäischen Sozialfonds (ESF)*
- *Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Abt. Ausrichtung (EAGFL)*
- *Finanzinstrument für Fischerei (FIAF)*

Wirtschafts-, Arbeits- und Landwirtschaftsministerien der Länder, des Bundes oder die Bundesanstalt für Arbeit entscheiden über zu fördernde Projekte im Rahmen der operationellen Programme.

Antragsteller (Unternehmen, Institutionen oder Einzelpersonen) wenden sich an das jeweilige Ministerium.



Flexible Förderinstrumente

Die Europäische Union kann mit diesem Ziel-Katalog flexibel auf Förderwünsche regionaler und kommunaler Projektträger reagieren. So haben in Niedersachsen viele Jugendliche und Langzeitarbeitslose über solche Projekte einen Arbeitsplatz gefunden. Große Beträge aus der EU-Kasse erhält die Bundesanstalt für Arbeit (BfA), die den örtlichen Arbeitsämtern zur Finanzierung von Umschulungs- und Fortbildungskursen sowie von ABM-Stellen dienen. In den meisten Fällen ist den Kursteilnehmern und auch den Veranstaltern aber leider nicht bekannt, daß ihr Projekt von der Europäischen Union teilfinanziert wird.

Regionale und kommunale Projektträger

Die Vergabe der Strukturfondsmittel beruht auf folgenden Prinzipien:

- ★ Das Gebot der Subsidiarität fordert, daß die Verantwortung für die Umsetzung einer Aufgabe von einer möglichst bürgernahen Verwaltungsebene wahrgenommen wird. In der Bundesrepublik sind das in der Regel die Länder, in manchen Fällen auch der Bund, die Förderregionen und Projekte vorschlagen und Finanzierungspläne aufstellen.
- ★ Die gemeinsame Umsetzung wiederum bedeutet, daß alle Akteure auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene an der Vorbereitung und der Ausführung der Programme beteiligt sind.
- ★ Die Mitgliedstaaten müssen mindestens 25 Prozent Projektmittel selbst aufbringen. Durch dieses Prinzip der komplementären Finanzierung ist die Wirkung der EU-Maßnahmen weitaus größer, als die von der Union ausgewiesenen Zahlen. So werden die EU-Strukturhilfen zu einem wichtigen Katalysator für den wirtschaftlichen Fortschritt in Europa.
- ★ Die Vergabe muß den EU-Wettbewerbsregeln und den Anforderungen des Umweltschutzes entsprechen.

Die niedersächsische Landesregierung erarbeitet zusammen mit dem Bund und der Europäischen Union ein Gemeinschaftliches Förderkonzept (GFK), in dem festgelegt wird, welche Gebiete durch welche Aktionen gefördert werden und wie die Finanzierungspläne aussehen. Die regionalen und lokalen Partner übernehmen eigenverantwortlich die Abwicklung eines Projekts auf der Grundlage eines Operationellen Programms (OP). Darüber hinaus gibt es auf EU-Ebene Begleitausschüsse, in denen Vertreter der Bundesländer beratend den Organen der EU zur Seite stehen. Zusätzlich sind auf deutscher Ebene weitere Begleitausschüsse tätig.

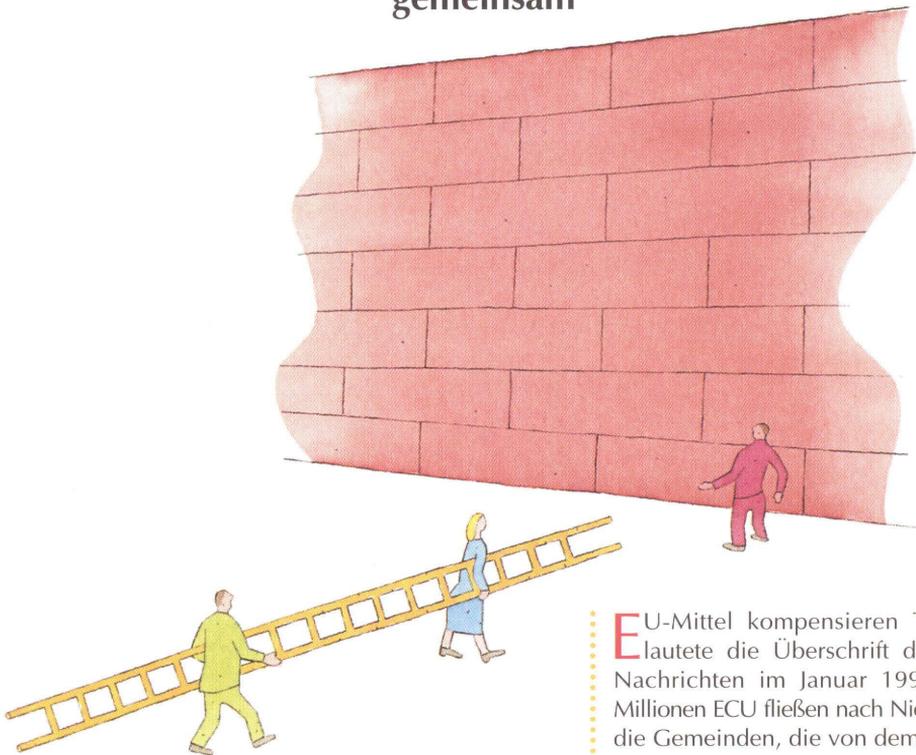
In erster Linie bestimmen die Mitgliedstaaten die strukturpolitischen Schwerpunkte und Einsatzgebiete. Doch die EU kann auch eigene Initiativen vorschlagen. Für diese „Gemeinschaftsinitiativen“ stehen von 1994 bis 1999 rund 12,69 Milliarden ECU bereit.

Die Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) sind ein weiteres Instrument der EU-Strukturpolitik. Niedersachsen hat in den vergangenen vier Jahren Kredite in Höhe von 48,6 Millionen ECU in Anspruch genommen.



ZUKUNFTSORIENTIERTE ARBEITSPLÄTZE SCHAFFEN

Die Europäische Union und
Niedersachsen handeln
bei vielen Projekten
gemeinsam



EU-Mittel kompensieren Truppenabbau, lautete die Überschrift der Cuxhavener Nachrichten im Januar 1994. Rund zwei Millionen ECU fließen nach Niedersachsen, um die Gemeinden, die von dem Abzug ausländischer Militäreinrichtungen besonders betroffen sind, wirtschaftlich zu unterstützen.

Die Gemeinde Stolzenau war Standort der niederländischen NATO-Streitkräfte. Durch den vollständigen Abzug des Militärs verringerte sich die Bevölkerung um 25 Prozent. 580 Wohnungen wurden frei, Geschäfte, Kinos, Schulen und Kindergärten blieben verlassen zurück. Militärgebäude stehen leer. Was tut die Gemeinde, der plötzlich ein Viertel der Bevölkerung fehlt? Die örtliche Infrastruktur verändert sich schlagartig und erhebliche Einnah-



meausfälle im Gemeindehaushalt entstehen. Die Verwaltung steht vor der Aufgabe, neue Investoren zu finden, die sowohl Arbeitsplätze schaffen als auch den Handel neu beleben. Ein erster Schritt um neue Investoren anzulocken, ist ein ausreichendes Angebot fertig erschlossener Gewerbegebiete. 800 000 ECU, das sind 45 Prozent der Gesamtkosten, erhielt die Gemeinde Stolzenau aus dem KONVER-Förderprogramm. KONVER bietet Städten oder Gemeinden Unterstützung, aus denen Militär abgezogen wurde. In Stolzenau half die Zusage der EU-Förderung, den Gemeinderat zu überzeugen, die fehlenden 55 Prozent für das Projekt zu bewilligen. Die Nordseeinsel Borkum verbessert mit KONVER ihre touristische Infrastruktur, die Stadt Cuxhaven erschließt ein Gewerbegebiet.

Werften

Strukturprobleme hat das Land Niedersachsen nicht nur als ehemaliger Militärstandort. Durch die Lage an Nordsee, Weser, Ems und Rhein war bislang die Schifffahrt ein bedeutender wirtschaftlicher Faktor. Die Schifffahrtskrise führte zum Abbau von Arbeitskräften, und die Gemeinden dachten über die Umstrukturierung ihrer Wirtschaft nach. Die Stadt Emden erschließt den „Kaiser Wilhelm Polder“ als Gewerbegebiet. Neue Firmen siedeln sich hier an und zusätzliche Arbeitsplätze für die heimische Bevölkerung entstehen. Das Projekt kostet fast drei Millionen ECU und wird mit 750 000 ECU durch die EU unterstützt. RENAVAL heißt das entsprechende EU-Förderprogramm, das speziell für die Regionen gedacht ist, die von der Schifffahrt und den Arbeitsplätzen in Werften abhängig waren oder immer noch sind.

RENAVAL schafft nicht nur Anreize für die Wirtschaft, auch Touristen und Bewohner der Region profitieren von einigen Projekten. In Emden baute die Stadt einen repräsentativen Pavillon, in den der Verkehrsverein zog. Am Hafen entstanden zusätzliche Bootsstege für die Wassersportler und ein Sanitärhaus. Zwei Millionen Gesamtkosten. 690 000 ECU kamen aus dem RENAVAL-Programm.

Landwirtschaft

Niedersachsens Landwirtschaft ist bestimmt durch besonders große Höfe, so daß die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe und der in ihnen Beschäftigten eher klein ist. Die Produktion der Region ist durch Massentierhaltung bei Hühnern und Schweinen geprägt.

Um die Lebensmittelverarbeitung und -vermarktung zu verbessern, hat Niedersachsen von 1990 bis 1992 insgesamt 20,9 Millionen ECU bekommen. 45 Projekte erhielten eine Finanzspritze. So zum Beispiel eine Erzeugergemeinschaft, die sechs Lagerhallen für Kartoffeln in den Gebieten Vechta und Diepholz baute. Damit soll den Erzeugern eine bessere Vermarktung ihrer Produkte während der Wintermonate ermöglicht werden. Fördermittel werden auch für andere Bereiche gewährt. Jährlich können etwa 390 niedersächsische Landwirte ihre Betriebe mit EU-Geldern modernisieren. Rund 40 000 Bauern mit Betrieben in geographisch oder klimatisch ungünstigen Lagen erhielten im letzten Jahr direkte Einkommenshilfen.



EU-gefördert: itai-Institut für theoretische und angewandte Informatik in Niebüll.

Grenzüberschreitende Kooperationen

Insgesamt 1226 Kooperationen schlossen niedersächsische Firmen auf EU-Initiative mit Unternehmen im europäischen Ausland. Große Industrieunternehmen (Volkswagen AG, Salzgitter AG, Riedel-De Haen AG und Continental AG), Universitäten (in Braunschweig, Hannover, Göttingen und Clausthal), Forschungszentren (Institut für Erdölforschung, Gesellschaft für biotechnologische Forschung, Physikalisch-Technische Bundesanstalt und Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt e. V.) und kleine und mittlere Unternehmen (Enercon Gesellschaft für Energieanlagen mbH&Co, Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH und Hermann Berstorff Maschinenbau GmbH) erhielten in den Jahren 1987-1992 fast 53 Millionen ECU Finanzierungshilfen.

In den vergangenen Jahren haben im Rahmen des EURET-Programms zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur zwei niedersächsische Vorhaben Unterstützung erhalten: Ein Projekt erarbeitet mit Eurocontrol Pläne, wie der europäische Luftraum entlastet werden kann. Das zweite beschäftigt sich mit der Anpassung und Verbesserung der europäischen Straßen- und Schienennetze. Die Anbindung des französischen an das deutsche Schienennetz macht solange keinen Sinn, wie französische Züge wegen unterschiedlicher technischer Normen in Deutschland auf der Strecke bleiben - und umgekehrt.

Forschung und Entwicklung

Viele europäische Staaten sind an ihren Küsten von Schiffsunglücken mit gefährlichen Frachten bedroht. EWTIS (European Water Traffic Info System) ist der Name eines Projektes, an dem auch Niedersachsen beteiligt ist. Wenn ein Schiffsunfall vor der Küste geschieht, müssen Informationszentren vorhanden sein, die sofort über die Fracht der beteiligten Schiffe Auskunft geben. Nicht nur Havarien gefährden die Küstenregionen, auch Tanker lassen immer wieder auf See illegal Giftstoffe ab. Dies zu verhindern, und damit zur Sicherheit der Seefahrt und zum Umweltschutz beizutragen, sind Ziele des EWTIS-Projekts.

Das Goslarer Institut für Schweißtechnik ist am EU-Förderprogramm zum Technologietransfer beteiligt und arbeitet mit einer italie-

nischen Partnerfirma in den Bereichen Forschung und Entwicklung zusammen. Zum SPRINT-Netzwerk gehören Beteiligte aus ganz Europa - in der Hauptsache kleine und mittlere Unternehmen.

THERMIE ist ein Förderprogramm der EU, für das sich Unternehmen bewerben können, die im Bereich der Solartechnik, Biomasse, Energieersparnis und Verringerung der Emissionen forschen. Gute Ideen werden entsprechend honoriert. Ein besonderer Vorteil von THERMIE liegt darin, daß Innovationen gefördert werden, die der Grundlagenforschung dienen und die als Ergebnis nicht unbedingt ein verkaufsfähiges Produkt aufweisen müssen. Ein Risiko, daß ohne Förderung für die Projektnehmer nicht tragbar gewesen wäre. So entwickelt die Ölmühle in Leer, die bisher aus Ölsaaten, Raps und Sonnenblumen Speiseöl herstellte, eine Produktionsanlage für 60 000 Jahrestonnen Biodiesel. Rund zehn Millionen ECU kostet die Installation der Anlage, davon trägt THERMIE rund 1,756 Millionen ECU.

Hochschulen denken über europäische Integration nach

Mit Stipendien des ERASMUS-Programms, das Studenten aller Fachrichtungen offensteht, haben im Studienjahr 1992/93 über 1 000 Nachwuchsakademiker aus Niedersachsen Uni-Erfahrungen in anderen europäischen Städten gesammelt.

„Jugend für Europa“ hat das Ziel, den Austausch europäischer Jugendlicher zwischen 15 und 25 Jahren außerhalb des schulischen Rahmens und der Berufsausbildung zu fördern. 56 Projekte gibt es in Niedersachsen.



*Mit EU-Unterstützung gebaut:
Pavillon „Am Stadtgarten“ in Emden*

Über die Aktion „Jean Monnet“ fördert die Union Hochschulinitiativen, mit denen das Angebot an Lehrveranstaltungen zum Thema Europa erweitert wird. Die Universität Oldenburg bot Veranstaltungen zum Europäischen Wirtschaftsrecht und zur Integration und Kooperation in Europa an. An der Universität Osnabrück wurden Seminare zu den Themen: „die Europäisierung der nationalen Politik“ und „rechtlicher Aspekte zur Vollendung des Binnenmarktes“ gehalten. Insgesamt 103 550 ECU wurden für fünf Veranstaltungen an zwei Universitäten gezahlt.



Emden: Hafentor am Delft

Hilfen aus dem Europäischen Sozialfonds

Aber nicht nur Studenten und Jungakademiker erhalten Unterstützung. Besondere Aufmerksamkeit genießen Langzeitarbeitslose, Jugendliche und Frauen.

1990-1993 wurde in Niedersachsen über 11 000 Langzeitarbeitslosen mit 87 Millionen ECU der berufliche Wiedereinstieg ermöglicht. Dabei ging das Land neue Wege: Nicht berufliche Zusatzqualifikationen oder Umschulungen boten die Arbeitsämter an, sondern man gründete „Soziale Betriebe“. Grundvoraussetzung jeder Förderung ist allerdings, daß der Betrieb von Anfang an Einnahmen erwirtschaftet und damit im Laufe der Zeit einen immer größeren Teil seiner Ausgaben deckt.

So gründete man eine Wäscherei als gemeinnützige GmbH, in der zur Zeit 18 ehemals Langzeitarbeitslose beschäftigt sind. Davon hat die Hälfte mittlerweile einen unbefristeten Arbeitsplatz erhalten. Die Aufträge für die Wäscherei kommen von Hotels, Restaurants und Altenheimen. Ein Ausbau auf insgesamt 16 Beschäftigte ist geplant. Auch jugendliche

Arbeitslose nehmen an vielfältigen Aus- und Weiterbildungskursen teil. Vom nachgeholt Schulabschluß bis zur abgeschlossenen Berufsausbildung - 52 Millionen ECU kamen aus dem Europäischen Sozialfonds. Rund 11 000 Jugendliche nutzten die Angebote.

